

Rolf Steininger

Taiwan, China und die USA

Titelbild: Taipeh, 2018. Foto LZT

O. Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger, 1984 bis zu seiner Emeritierung 2010 Leiter des von ihm gegründeten Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, von 2008–2018 auch an der Freien Universität Bozen; seit 1989 Senior Fellow des Eisenhower Center for American Studies der University of New Orleans, seit 1995 Jean Monnet-Professor; Gastprofessor in Tel Aviv, Queensland (Australien) und New Orleans, Gastwissenschaftler in Ho Chi Minh-Stadt (Saigon), Hanoi, Kapstadt und Arcata (Humboldt State University); 1993 Ruf an die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, 2007 an die Freie Universität Bozen; 2011 Tiroler Landespreis für Wissenschaft; zahlreiche Veröffentlichungen und preisgekrönte Hörfunk-, Film- und Fernsehdokumentationen.

Auf YouTube unter Rolf Steininger.

www.rolfsteininger.at

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen

Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt

www.lztthueringen.de

2025

ISBN: 978-3-910740-45-7

Inhalt

Einleitung	5
1895–1945: Taiwan als Japans Kolonie	7
1949: Taiwan am Ende des chinesischen Bürgerkriegs	9
1950–1955: Der Koreakrieg und die erste Taiwankrise	11
1958: Die zweite Taiwankrise	19
Haben Nixon und Kissinger Taiwan verraten?	25
Kein Spielraum für die USA	29
Die diplomatische Anerkennung Chinas	31
Der <i>Taiwan Relations Act</i>	33
Reagan und das »August-Kommuniqué«	35
George H. W. Bush und 150 F-16	37
1995/96: Bill Clinton und die nächste Taiwan-Krise	39
George W. Bush und Taiwan	45
Barack Obama und Taiwan	47
Überparteiliche Solidarität mit Taiwan	49
Literatur	55

Einleitung

Im Jahre 1895 musste China Taiwan nach einem verlorenen Krieg an den Sieger Japan abtreten. Nach Japans Kapitulation 1945 fiel die Insel an die Republik China unter Chiang Kai-shek zurück. Vier Jahre später endete der chinesische Bürgerkrieg zwischen dem Nationalisten Chiang und dem Kommunisten Mao Tse-tung. Mao verkündete am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China, während Chiang sich auf Taiwan zurückgezogen hatte. Die USA hatten zwar China »verloren«, aber Präsident Truman bekundete noch Anfang 1950 öffentlich das Desinteresse an Taiwan.

Der Koreakrieg änderte das. Taiwan erhielt strategische Bedeutung als »unsinkbarer Flugzeugträger«, die USA wurden Schutzmacht der Insel, die weiter als Republik China (Taiwan) agierte, während die Volksrepublik China Taiwan als abtrünnige Provinz betrachtete und die Wiedervereinigung als Ziel verkündete.

Das führte in den 1950er-Jahren zu zwei Krisen, in denen Washington den Einsatz der Atombombe gegen das »gottlose Regime« in Peking nicht ausschloss.

1972 begann mit Präsident Nixon ein neuer Abschnitt in den Beziehungen. In den zahlreichen Gesprächen war Taiwan ein zentrales Problem. Nixon und sein Sicherheitsberater Kissinger machten Zugeständnisse, die viele als Verrat interpretierten. Genauso wie die Konsequenzen der von Präsident Carter durchgeführten diplomatischen Anerkennung Chinas 1979. Der Kongress reagierte damals mit einem Gesetz, das für den weiteren Schutz der Insel durch die USA sorgen sollte.

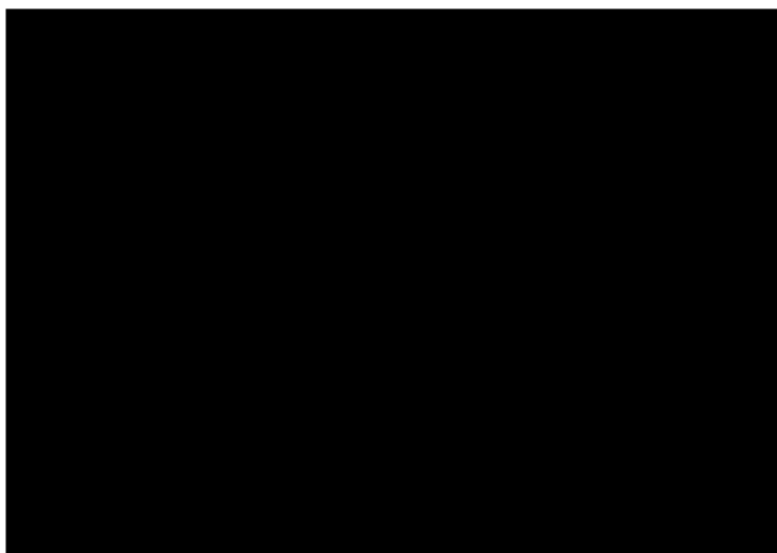
Waffenlieferungen an Taiwan waren das Dauerthema. Je stärker die Volksrepublik China wurde, umso direkter und aggressiver wurden die Wiedervereinigungsforderungen Pekings.

Eine Krise folgte der nächsten. 2024 meinte Chinas starker Mann, Xi Jinping: »Die Wiedervereinigung ist unverzichtbar. Notfalls auch militärisch.« Zuvor hatte US-Präsident Joe Biden auf die Frage, ob die USA dann Taiwan militärisch verteidigen würden, mit einem unmissverständlichen »Ja« geantwortet.

Die Situation in der Taiwanstraße, so der stellvertretende Leiter der US-Geheimdienste »ist eine der größten Bedrohungen für Amerikas Sicherheit.«

1895–1945: Taiwan als Japans Kolonie

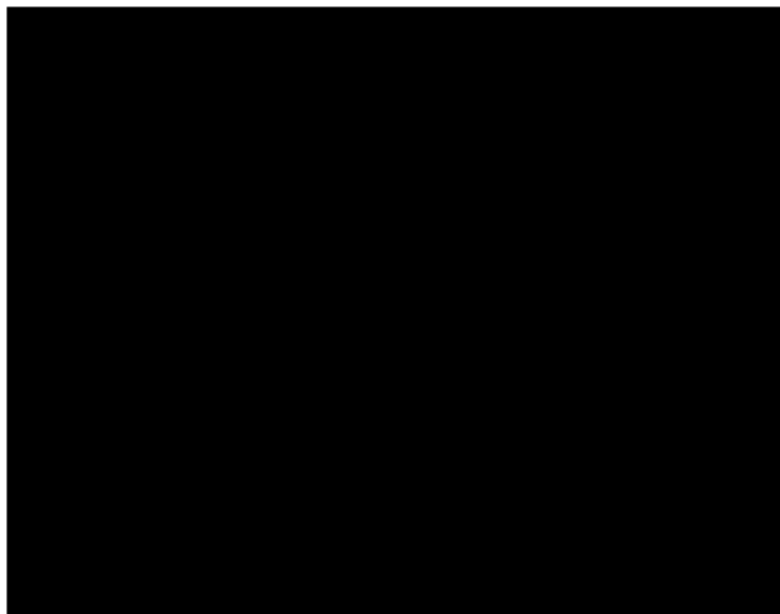
Taiwan, von den Portugiesen Formosa genannt, ist jene Insel, die ca. 160 Kilometer östlich vom chinesischen Festland liegt, etwa halb so groß wie Bayern ist, und seit 1684 zum chinesischen Kaiserreich gehörte. 1895 musste China im Frieden von Shimonoseki die Insel nach einem verlorenen Krieg gegen Japan an das japanische Kaiserreich abtreten. Japan wurde damals die vorherrschende Macht in jener Region Asiens, machte 1910 auch Korea zu seiner Kolonie, besetzte 1931 die Mandschurei, eroberte ab 1937 große Teile Chinas und überfiel 1941 den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii.



Wikipedia

Offizielle Übergabe Formosas durch Japan an die Republik China am 25. Oktober 1945.

Das war allerdings der Anfang vom Ende. Japan musste 1945 kapitulieren. Damit fielen alle von Japan zuvor eroberten Gebiete, auch Taiwan, an China zurück, das von Chiang Kai-shek mit seiner nationalen Kuomintang-Partei regiert wurde.

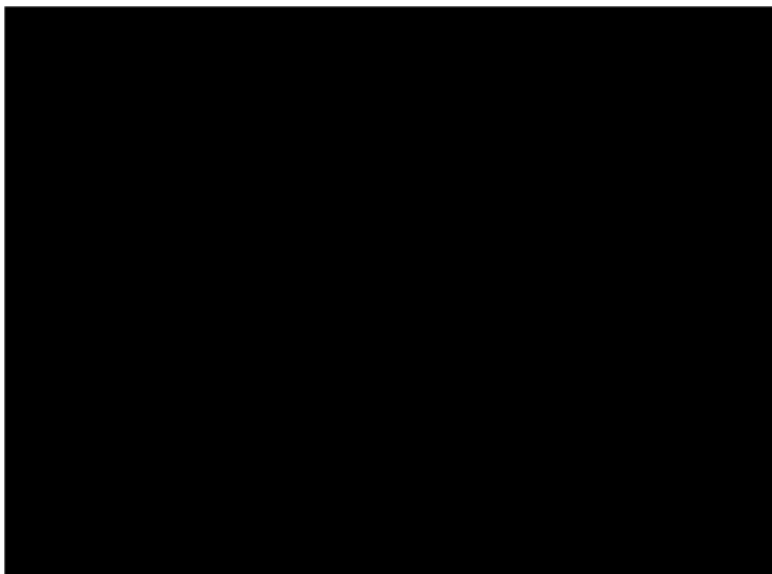


Wikipedia U. S. National Archives

Chiang Kai-shek, Franklin D. Roosevelt, Winston Churchill in Kairo 1943.

1949: Taiwan am Ende des chinesischen Bürgerkriegs

Wenig später flammte in China der Bürgerkrieg zwischen Chiang und dem Kommunisten Mao Tse-tung wieder auf, der durch den Krieg gegen die Japaner nur unterbrochen worden war. 1949 löste sich die Chiang-Truppe auf, Chiang flüchtete mit den Resten seiner Truppe nach Taiwan, fest entschlossen, eines Tages wieder aufs Festland zurückzukehren. Am 1. Oktober verkündete Mao auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking den Sieg der Befreiungsarmee und proklamierte die



Wikipedia Orihara1

1. Oktober 1949: Mao Tse-tung, der Vorsitzende der Zentralen Volksregierung, verkündet die Gründung der Volksrepublik China.

Gründung der Volksrepublik China. Sein nächstes Ziel lautete Taiwan. Widerstand war kaum zu erwarten.

Am 5. Januar 1950 erklärte US-Präsident Truman öffentlich das Desinteresse der USA an dieser Insel, die keine besondere strategische Bedeutung hatte: Man wünsche keine Sonderrechte, keine Privilegien und beabsichtige auch nicht, dort Militärbasen zu errichten. Und werde auch nicht militärisch eingreifen. Es sei nicht die Absicht der USA, in irgendeiner Weise in den Bürgerkrieg hineingezogen zu werden. Und dann dezidiert: »Die US-Regierung wird die chinesischen Truppen in Formosa weder militärisch noch sonstwie unterstützen.« Das klang fast wie eine Einladung an Mao zur Invasion.

1950–1955: Der Koreakrieg und die erste Taiwankrise

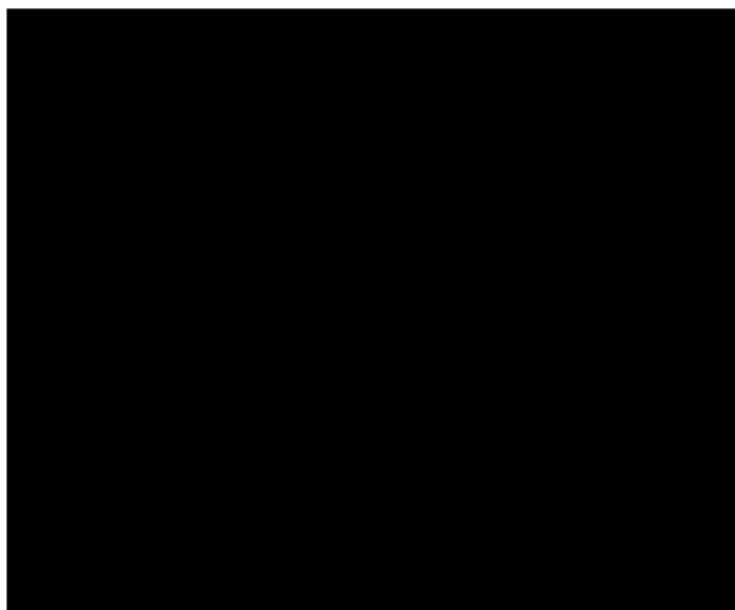
Der Ausbruch des Koreakrieges am 25. Juni 1950 änderte so ziemlich alles, auch für Taiwan. Der Krieg wurde von Washington als Stellvertreterkrieg und Beginn einer von Moskau gesteuerten globalen kommunistischen Offensive interpretiert. Entsprechend reagierten die USA – mit Konsequenzen auch für Taiwan.

Trumans Feststellung vom 5. Januar galt nicht mehr, wie er am 27. Juni deutlich machte. Jetzt hieß es: »Die Besetzung Formosas durch kommunistische Streitkräfte ist eine direkte Gefahr für die Sicherheit des Pazifischen Raums und die amerikanischen Streitkräfte«. Er befahl die Verlegung der 7. US-Flotte in die Straße von Formosa, »um Angriffe auf Formosa zu verhindern«.

Von dem Moment an wurde Taiwan ein Problem für die USA. Die Positionen waren klar: Die Insel wurde zum »unsinkbaren Flugzeugträger«, Chiangs »Republic of China« (Taiwan) war von nun an für Washington die rechtmäßige Vertretung Chinas, war Mitglied der UNO und stand unter dem Schutz der USA. Die Volksrepublik China war dagegen nach amerikanischer Auffassung ein »gottloses, illegitimes Regime«, das beseitigt werden musste. Peking betrachtete allerdings Taiwan von Anfang an als »abtrünnige Provinz«; erst mit der »Wiedervereinigung« würde die Revolution im Verständnis der Kommunisten vollendet sein. Peking würde diesen Anspruch nie aufgeben.

Es folgte eine Krise nach der anderen. Mehrmals stand Washington kurz vor dem Einsatz der Atombombe.

Die erste Krise begann am 11. August 1954, als Chinas Ministerpräsident Tschou En-lai öffentlich erklärte, Formosa



Wikipedia

müsse befreit werden. Das klang nach Invasion. Offensichtlich wollte Peking die Haltung der USA in Bezug auf Taiwan testen.

Obwohl Washington die Kommunisten am 17. August vor einer solchen Aktion warnte, eröffneten Maos Küstenbatterien am 3. September das Feuer auf die dem Festland vorgelegerte, zu Taiwan gehörenden Inseln Quemoy und Matzu. Es gab zahlreiche Tote. Auch in den folgenden Tagen setzten die Kommunisten das Bombardement fort. Am 8. September griffen amerikanische F-84 in den Kampf ein, um die Basen an der chinesischen Küste zu zerstören, die für eine mögliche Invasion gegen Taiwan in Frage kommen konnten.

Am 12. September sprachen die US-Stabschefs (Joint Chiefs of Staff, JCS) erstmals von der Möglichkeit, Atombomben gegen diese Basen einzusetzen. Die Dinge schaukelten sich hoch. Als Maos Luftwaffe die 350 Kilometer von Formosa entfernte, von Chiang-Truppen besetzte Tachen-Inseln bombardierte, empfahlen die JCS erneut den Atomwaffeneinsatz.

Auf Drängen des republikanischen Mehrheitsführers im Senat, William Knowland, wurde am 2. Dezember 1954 ein Verteidigungsabkommen zwischen den USA und der »Republic of China«, d. h. Taiwan (*Mutual Defense Treaty*) abgeschlossen. Es garantierte die Sicherheit Taiwans und der 50 Kilometer westlich davon gelegenen Pescadoren-Inseln, nicht aber die dem chinesischen Festland vorgelagerten Inseln. Weder Chiang noch Mao wussten, ob die USA im Ernstfall auch hier eingreifen würden. Das war der Beginn der später so formulierten – und bis 2024 gültigen – »strategischen Zweideutigkeit« – *strategic ambiguity* (die dann auch auf alle Inseln ausgedehnt wurde). Für Chiang galt noch eine besondere Passage des Vertrages: Aktionen gegen das Festland waren nur mit amerikanischer Zustimmung möglich. Der Senat ratifizierte den Vertrag am 9. Februar 1955.

Als am 17. Januar 1955 kommunistische Truppen die Insel Ichiang, etwa 100 Kilometer nördlich der Tachen-Inseln, eroberten und auf dem Festland Flugplätze errichteten und bestehende ausgebaut wurden, war US-Präsident Eisenhower entschlossen zu reagieren: »*The time had come to draw a line.*« Die Frage war, wo genau diese Linie zu ziehen war. Eisenhower wollte die Tachen-Inseln aufgeben, war aber unsicher mit Blick auf Quemoy und Matsu. Im Ernstfall wollte er allein entscheiden können – und vorab eine entsprechende Genehmigung des Kongresses haben. Das wurde dann die sogenannte »Formosa Resolution«, die am 25. Januar 1955 vom Repräsentantenhaus mit überwältigender Mehrheit – 410:3 – und drei Tage später vom Senat mit 83:3 Stimmen beschlossen wurde und den Präsidenten ermächtigte, zur Verteidigung Taiwans und der Pescadoren und anderer Gebiete, »die jetzt zu uns gehören« militärische Gewalt einzusetzen (*now in friendly hands*). Erstmals in der Geschichte der USA erhielt ein Präsident damit einen Blankoscheck, Krieg zu führen, wobei offenblieb, ob dieser Krieg auch zur Verteidigung der Inseln Quemoy und Matsu und der Tachen-Inseln geführt werden sollte. Eisenhower hatte diese Formulierung gewollt; er wollte beide, Mao und Chiang, im

Ungewissen lassen, was genau gemeint war. Außenminister John Foster Dulles wollte Quemoy und Matsu in die Resolution aufnehmen lassen, Eisenhower hatte das abgelehnt.

Schon am 22. Januar hatte Eisenhower drei Flugzeugträgern in Pearl Harbor den Befehl erteilt, zur 7. US-Flotte zu stoßen, und den anderen Schiffen im Pazifik die Order erteilt, sich in Richtung Taiwan zu bewegen. Er habe sich entschlossen, so hieß es, die chinesischen Kommunisten nicht mit Mord davonkommen zu lassen. Er werde auch nicht still rumsitzen und den Kommunisten erlauben, mit ihren Vorbereitungen auf dem Festland für die Invasion Taiwans weiterzumachen.

In der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 10. März zeigte US-Außenminister Dulles das zukünftige Szenario auf. Er war absolut davon überzeugt, dass die chinesischen Kommunisten Formosa erobern wollten. Bei der Verteidigung von Quemoy und Matsu müssten Atomwaffen eingesetzt werden als einzige erfolgreiche Waffe gegen das chinesische Festland und insbesondere gegen die Flugplätze dort. Man müsse im Übrigen die Öffentlichkeit auf den Einsatz von Atomwaffen entsprechend vorbereiten, denn »wir könnten eines Tages aufwachen und feststellen, dass wir sie mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht eingesetzt haben.«

Der Vorsitzende der Stabschefs, Admiral Radford, bestätigte die Notwendigkeit, Atomwaffen einzusetzen, denn »mit konventionellen Waffen können wir das Problem im Fernen Osten nicht lösen.« Eisenhower widersprach nicht.

Am 21. März machte Dulles die Lage öffentlich und wurde deutlicher: »Sollte es in der Formosastraße zum Krieg kommen, werden die USA Atomwaffen einsetzen.« Auf einer Pressekonzferenz am nächsten Tag wurde Eisenhower um Klärung gebeten. Seine Antwort war ebenso deutlich: Atomwaffen könnten genauso eingesetzt werden wie konventionelle Waffen (*»I see no reason why they shouldn't be used just exactly as you would use a bullet or anything else.«*)

Alexander Wiley, der republikanische Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, zeigte die Alternative auf:

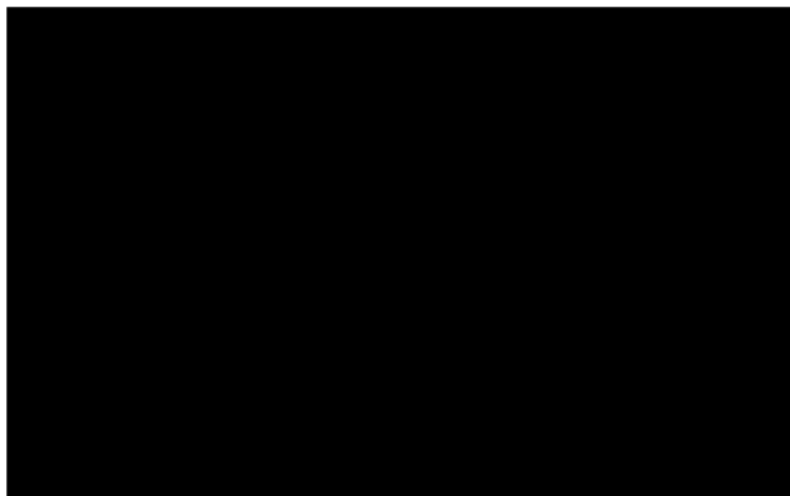
»Entweder wir verteidigen die USA in der Formosastraße – und zwar jetzt, oder aber wir müssen die USA später in der Bucht von San Francisco verteidigen.«

Ähnlich sah das auch James van Fleet (1892–1992). Der Vier-Sterne-General und von 1951–1953 Oberbefehlshaber der 8. US-Armee in Korea, war zwar im Frühjahr 1953 aus dem Militärdienst ausgeschieden, Eisenhower hatte ihn aber im März 1954 im Rang eines Botschafters als seinen Sonderbeauftragten zur Erkundung der Lage nach Asien geschickt. Van Fleet empfahl jetzt, sofort US-Truppen auf Quemoy und Matsu zu stationieren; würden die Chinesen die Inseln weiter bombardieren, sollte Eisenhower »mit Atomwaffen antworten und das ganze Unternehmen der Roten beenden«. Am 20. März ergänzte Dulles; die chinesischen Kommunisten seien »eine akut drohende Gefahr, schwindlig vor Erfolg«, gefährlicher als die Russen und genauso fanatisch wie Hitler.

Wegen Quemoy und Matsu wollte Eisenhower allerdings keinen Krieg mit China, schon gar keinen Atomkrieg. In einer Sitzung am 1. April nannte er die Gründe: Keiner der Verbündeten der USA würde die USA unterstützen, die öffentliche Meinung in den USA würde gespalten und die Auswirkungen auf die Wirtschaft katastrophal sein. Und er legte einen Plan zur Entschärfung der Krise vor:

Abzug der 58.000 Truppen aus Quemoy und 15.000 aus Matsu (»viel zu viele Soldaten für so kleine Inseln«). Es dürfe da kein zweites Dien Bien Phu geben (wo Frankreich im Mai 1954 eine katastrophale Niederlage gegen die vietnamesischen Kommunisten erlitten hatte). Die Inseln sollten »Außenposten« und keine »Festungen« sein. Als Gegenleistung bot Eisenhower Chiang zur Verteidigung Taiwans die Stationierung von einer Division US-Marines und zusätzlicher Einheiten der Air Force an – und die Blockade von Chinas Küste auf einer Länge von 800 Kilometern, bis Peking öffentlich auf den Einsatz von Gewalt gegen Taiwan verzichte.

Dulles war nicht überzeugt. Eisenhower wies noch einmal auf das Grundproblem hin: »Wenn wir die Inseln erfolgreich



Wikipedia

Chiang Kai-shek und Dwight D. Eisenhower 1960 in Taipeh.

verteidigen wollen, müssen wir das chinesische Festland angreifen und Atomwaffen einsetzen, was wir wahrscheinlich auch tun werden, um Erfolg zu haben. Im Land wird die öffentliche Meinung gespalten werden. Wenn aus diesem regionalen Konflikt ein globaler Konflikt wird, wird es ein Kampf um Leben und Tod, und wir werden in der Weltöffentlichkeit isoliert dastehen.«

Chiang lehnte den Vorschlag ebenfalls ab. Er misstraute den Amerikanern, die ihre Zusagen nicht einhalten würden, wie er seinem Tagebuch anvertraute; die Amerikaner seien naiv und Ignoranten. Er wollte auch keine weiteren US-Marines auf der Insel, sondern eine Verpflichtung der Amerikaner, Quemoy und Matsu zu verteidigen. Eisenhower war mehr als enttäuscht und konnte nur feststellen, man habe nach wie vor ein Problem. (*»We are still on the horns of the dilemma.«*)

Also blieb die Drohung mit der Atombombe. Die – vorläufige und für die Amerikaner überraschende – Lösung kam am 23. April. Auf der ersten asiatisch-afrikanischen Konferenz in Bandung kündigte Tschou En-lai das Ende des Bombardements

von Quemoy und Matsu an (ab dem 1. Mai) und schlug Gespräche zwischen den USA und seinem Land auf Botschafterebene vor. Tschou: »Das chinesische Volk will keinen Krieg mit den USA.« Washington akzeptierte; eine Woche später endete das Bombardement.

Dulles war überzeugt, dass die entschlossene Haltung der USA China zu dieser Wendung gezwungen habe. Was waren Maos Motive gewesen? Hatte er die Entschlossenheit der USA testen wollen? Falls ja, hatte er zumindest erreicht, dass die USA Gespräche in Warschau auf Augenhöhe akzeptierten – die allerdings schon bald in einer Sackgasse endeten. Grund dafür waren die unterschiedlichen Vorstellungen der beiden Seiten: es ging um die Stellung Chinas in der UNO und um den Status Taiwans. Würden Washington und Peking in wichtigen Fragen eine Einigung erzielen, dann, so deutete der Vertreter Chinas an, werde die Volksrepublik die Versicherung abgeben, eine Vereinigung mit Taiwan nur mit friedlichen Mitteln durchzuführen. Dulles bestand auf einer offiziellen Gewaltverzichtserklärung, was China ablehnte. Im Gegenzug lehnte Dulles den Vorschlag gegenseitiger Journalistenbesuche ab. 1957 beendete China die Gespräche.



ullstein bild – RDB 07262843

Mao Tse-tung und Nikita Chruschtschow, 1957.

1958: Die zweite Taiwankrise

Entgegen Eisenhowers Vorstellungen baute Chiang Quemoy und Matzu zu Festungen aus und stationierte dort ein Drittel seiner Armee: 100.000 Mann. Washington gefiel das zwar nicht, wurde aber dadurch in Zugzwang gebracht, öffentlich die Bereitschaft zur Verteidigung dieser Inseln zu demonstrieren und gleichzeitig zu verhindern – was einige in Washington auch vermuteten –, dass Chiang durch einen möglichen Angriff der Kommunisten die USA in einen Krieg gegen China verwickeln wollte. Washington lieferte Taiwan seit Mitte 1955 Raketen für den Luftkampf gegen Maos MiGs in der Taiwanstraße, 16 cm Haubitzen für die zwei Inseln und stationierte 1957 *Matador cruise missiles* auf Taiwan. Die hatten eine Reichweite von etwa 1000 Kilometern und konnten konventionell und auch nuklear bestückt werden.

Für Mao war damit offensichtlich der Zeitpunkt gekommen, um die Bündnistreue Moskaus zu testen. Im Oktober 1957 gab es den sowjetischen *Sputnik*-Erfolg, dem die Amerikaner nichts entgegensetzen konnten. Die sowjetischen Interkontinentalraketen änderten offensichtlich die strategische Gesamtlage. Auf der Moskauer Konferenz der kommunistischen Parteien im November 1957 formulierte Mao es so: »Der Ostwind hat den Westwind besiegt.« Die USA nannte er da einen »Papiertiger« und widersprach Sowjetführer Chruschtschow. Niemand, hatte der gesagt, könne einen Atomkrieg gewinnen. Mao sah das anders. Ein Atomkrieg sei nicht das Ende der Welt, denn die Hälfte der Bevölkerung werde überleben. Wobei aus anderen Bemerkungen erkennbar war, dass er davon ausging, dass ein großer Teil der Chinesen überleben würde. Trotz dieser für Chruschtschow eher beunruhigenden Äußerungen akzeptierte er Maos Bitte nach Lieferung nuklearer

Technologie, verbunden mit der Zusage, keinesfalls die USA zu provozieren.

Das tat Mao dann doch. Völlig überraschend wurden nämlich Quemoy und Matzu ab dem 23. August unter massives Artilleriefeuer genommen, Versorgungsboote blockiert und ihre »Befreiung« angekündigt. Unmittelbar nach Beginn der Aktion erklärte Eisenhower die Unterstützung Taiwans durch die USA und ordnete entsprechende militärische Maßnahmen an. Es wurde eine Demonstration der Stärke: sechs Flugzeugträger, 40 Zerstörer, drei schwere Kreuzer und 20 andere Kriegsschiffe wurden in die Region beordert. Das *Strategic Air Command* versetzte seine B-47 Bomber auf Guam in Alarmbereitschaft. Die US Air Force stattete die Chiang-Airforce mit den modernsten *Sidewinder*-Abwehrraketen aus. Chinesische Versorgungsschiffe für die Inseln wurden von amerikanischen Kriegsschiffen eskortiert. Man tue alles nur »aus einem einzigen Grund«, so Eisenhower am 25. August im Kabinett, »um die Moral der Taiwan-Regierung aufrechtzuerhalten«.

Am 28. August forderte »Radio Peking« Quemoy zur Kapitulation auf und kündigte die »Befreiung« der übrigen Inseln an. Wenn das geschehe, so Eisenhower am 29. August, werde er den Einsatz von taktischen Atomwaffen zur Zerstörung der kommunistischen Flugplätze erteilen. Die Joint Chiefs of Staff waren schon weiter und nannten die Ziele für einen solchen Einsatz: die Städte Schanghai, Guangzhou, Nanking und Kanton. Am 4. September forderte Dulles diesen Einsatz. Eisenhower widersprach. Darauf Dulles:

»Ich dachte, wir seien uns im Klaren und einig über das Risiko und die politischen und psychologischen Gefahren beim Einsatz dieser Waffen gewesen, als wir unsere Streitkräfte damit ausstatteten. Wir haben unsere Verteidigung auf den Einsatz von Atomwaffen ausgerichtet, wenn es darauf ankommt. Wenn wir sie dann nicht mit Blick auf die negative Weltmeinung einsetzen, müssen wir unsere Strategie überdenken.«

Falls Atomwaffen eingesetzt würden, befürchtete Eisenhower, dass die Chinesen mit sowjetischen Atomwaffen

gegen Formosa vorgehen würden (Chruschtschow hatte mit dem Einsatz gedroht). Angesichts dieser Sachlage verweigerte er die Zustimmung zum Atomwaffeneinsatz.

Am 6. September deutete Tschou überraschend Gesprächsbereitschaft an. Dulles war misstrauisch und reagierte, gemeinsam mit den JCS, mit einer Verschärfung der Lage. Nathan Twining, der Vorsitzende der JCS, wollte dem Kommandanten der 7. US-Flotte völlige Handlungsfreiheit beim Einsatz von Atomwaffen gegen das chinesische Festland erteilen. Eisenhower lehnte ab: »Ein solcher Angriff kann nur nach meiner Zustimmung erfolgen.« Am 11. September ruderte Twining zurück: die Inseln könnten nicht verteidigt werden und seien für der Verteidigung Taiwans »wahrscheinlich auch nicht wichtig«.

Am selben Tag, 11. September, ging es im Oval Office um ein grundsätzliches Problem. Eisenhowers neuer *Special Assistant for National Security Affairs*, Gordon Gray, der ehemalige Präsident der University of North Carolina, fragte den Präsidenten, wie lange man Chiang noch in dem Glauben lassen könne, dass die USA ihn bei der Rückeroberung Chinas militärisch unterstützen würden, denn »ich glaube, das ist keine vernünftige Möglichkeit.« Eisenhowers Antwort ist interessant. Chiang hoffe, so der Präsident, »dass das kommunistische System von innen heraus zerfällt und er bei dem dann entstehenden Chaos das Land mithilfe der Amerikaner übernehmen kann.« Eisenhower hielt das für möglich, »und solange es diese Möglichkeit gibt, ist es wichtig, Chiangs Moral und die seiner Landsleute aufrechtzuerhalten.«

Ebenfalls am 11. September – Quemoy und Matsu wurden weiter mit Trommelfeuer belegt und blockiert – sprach Eisenhower im Fernsehen zur Nation. Er verwies auf die Verpflichtung der USA im bilaterale Verteidigungsabkommen und der »Formosa Resolution« und betonte dann:

»Angesichts einer bewaffneten Aggression wird es keinen Rückzug geben. Es wird kein Appeasement geben. Und ich glaube, es wird auch keinen Krieg geben.«

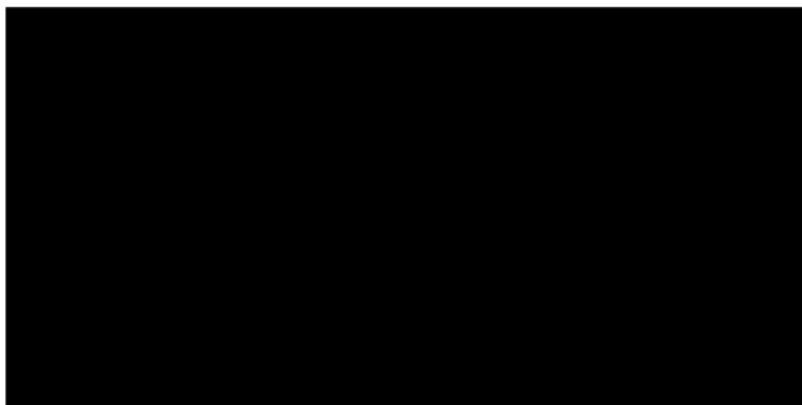
Am 28. September begannen in Warschau auf Botschafterebene wieder Gespräche zwischen China und den USA. Dulles berichtete, sie liefen erfolglos. Er wollte das Problem nach wie vor militärisch lösen, musste sich aber von Eisenhower sagen lassen, dass zwei Drittel der Weltbevölkerung und die Hälfte der Amerikaner gegen einen solchen Kurs seien; und keiner der NATO-Verbündeten bereit sei, die USA bei der Verteidigung der beiden Inseln zu unterstützen. Das wiederum führte bei Dulles zu der Bemerkung, das sei ein bedauerliches Scheitern der NATO; er fürchte um den Bestand der NATO und der SEATO (der Südostasiatischen Verteidigungsorganisation, die es seit September 1954 gab).

Verteidigungsminister Neil McElroy (1904–1972) schlug einen anderen Weg aus dem Dilemma vor: die Ermordung Chiangs. Eisenhower lehnte das allerdings ab und schlug stattdessen vor, Chiang einige Landungsboote und damit das Gefühl zu geben, er könne aufs Festland zurückkehren, während er gleichzeitig die Masse seiner Soldaten von den Inseln abziehen müsse. Als Dulles Chiang diesen Vorschlag überbrachte, lehnte der zwar ab, erklärte aber öffentlich, dass bei der Wiederherstellung der Freiheit auf dem Festland möglicherweise keine Gewalt erforderlich sei. Als Reaktion kündigten die Kommunisten ein Bombardement der Inseln an ungeraden Tagen an, was Eisenhower zu der Bemerkung veranlasste, ob das jetzt eine komische Oper sei (*»Gilbert and Sullivan war«*).

Die Krise endete am 6. Oktober, als Chinas Verteidigungsminister Peng Dehuai das Ende des Bombardements ankündigte und Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Problems mit den Nationalisten vorschlug. Er verwies auf die Gespräche in Warschau, wo beide Seiten allerdings auf ihren Positionen bestanden: Peking forderte den Rückzug der amerikanischen Truppen aus Taiwan und den umliegenden Gewässern, Washington von China den Gewaltverzicht mit Blick auf Taiwan. Die Gespräche endeten wieder erfolglos. Für die nächsten Jahre beharrten beide Seiten auf ihren Positionen.

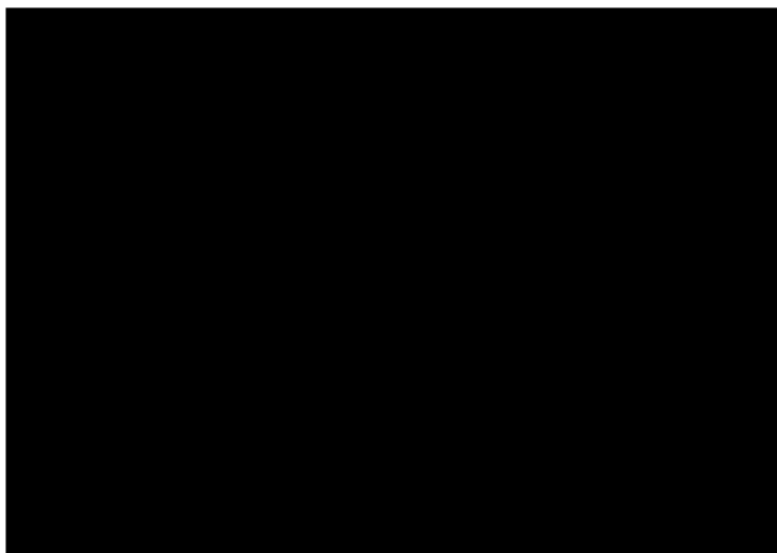
Was waren diesmal Maos Absichten? Die Antworten fallen unterschiedlich aus, vieles bleibt wie bei der ersten Krise Spekulation. Sicher war es auch hier ein Test, um herauszufinden, wie weit die USA bei der Verteidigung der Insel gehen würden. Henry Kissinger sah 2011 das alles überragende Motiv in Maos Wunsch, in der großen Politik »mitzumischen«. Überliefert ist eine Äußerung von Mao, dass er mit dem Bombardement den Amerikanern »eine Lektion erteilen wollte«. Die hätten im Nahen Osten ein Feuer entfacht, »und wir haben eines im Fernen Osten entfacht.«

Mit dem »Feuer im Nahen Osten« hatte er die Aktion der USA im Libanon gemeint. Dort waren im Juli des Jahres auf Ersuchen des libanesischen Staatspräsidenten Kamil Schamun US-Marines gelandet. Die Sowjetunion hatte zwar auch protestiert, aber aus der Sicht von Mao offensichtlich zu zurückhaltend. Es war China vorbehalten, die richtige Antwort zu geben und die USA zu Gesprächen zu »zwingen«. Ging es also weniger darum, die Supermacht USA herauszufordern als vielmehr die Sowjetunion auf ihre Bündnistreue im Falle eines Krieges zu testen? Dieser Test wurde zumindest bestanden. Chruschtschow hatte den USA mit dem Einsatz der Atom bombe gedroht, sollten sie solche Waffen gegen China einsetzen. Das änderte nichts daran, dass Moskau ein Jahr später seine 1400 Atomwissenschaftler aus China abzog. 1964 hatte China trotzdem »seine« Bombe.



ullstein bild – dpa 00243726

Treffen zwischen US-Präsident Richard Nixon (2. v. r.) und dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der VR China, Mao Tse-Tung, in Peking; rechts Henry Kissinger.



Wikipedia

Henry Kissinger, Tschou En-lai und Mao Tse-Tung. Kissinger unternahm 1971 vor Nixons bahnbrechendem Besuch im Jahr 1972 zwei geheime Reisen in die VR China.

Haben Nixon und Kissinger Taiwan verraten?

Mit seinem Besuch in China im Februar 1972 schlug Präsident Nixon ein neues Kapitel in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen auf. Zur Vorbereitung dieser Reise war sein damaliger Nationaler Sicherheitsberater, Henry Kissinger, im Juli 1971 in Peking.

In seinen »Memoiren« schildert er seine erste Begegnung und die Gespräche mit Tschou En-lai ausführlich, obwohl er einiges »verkürzt« wiedergibt. Beide Seiten waren sich über die Bedeutung der neuen Politik einig, beide wollten daher den Besuch Nixons, aber die Chinesen verbanden damit noch mehr: Taiwan. Taiwan spielte eine große, vielleicht sogar die entscheidende Rolle in diesen Gesprächen; es war Tschous »*fundamental issue*«, wie der ehemalige US-Diplomat Robert B. Zoellick meint. Damit die Amerikaner die Botschaft verstanden, fanden die Gespräche am zweiten Tag in der Großen Halle des Volkes im dortigen Fukien-Saal statt, so benannt nach der Taiwan gegenüberliegenden chinesischen Provinz. Kissinger verstand die Botschaft zwar nicht, aber Tschou half nach: die USA müssten ihre Beziehungen mit Taiwan beenden und Pekings Besitzansprüche anerkennen. Falls nicht, sollte man lieber auf den Besuch Nixons verzichten.

Das war zu diesem Zeitpunkt schon keine Option mehr für die Amerikaner. Da für sie der Vietnamkrieg im Mittelpunkt stand, waren sie in gewisser Weise vom Erfolg ihrer China-Politik abhängig, immer in der Hoffnung, dass China Druck auf Nordvietnam ausüben werde. Der Nixon-Besuch war für sie wichtiger als für die Chinesen. Das erklärt wohl auch die insgesamt sehr erstaunliche Reaktion Kissingers auf die

Taiwan-Forderungen Tschous: Er machte weitgehende Zugeständnisse. Zunächst kam der Hinweis auf Vietnam: wenn dort Frieden herrsche, würden die USA die meisten ihrer Truppen aus Taiwan abziehen. Dann werde sich das Problem mit der Zeit von selbst lösen, wohl im Sinne Chinas. Die USA würden jedenfalls eine zwei Staaten-Politik, also ein China und ein Taiwan, nicht unterstützen, auch kein unabhängiges Taiwan; auch keinen Angriff Taiwans auf China. Wenn China bis nach den Präsidentenwahlen 1972 warten könne, dann, so Kissinger, werde der Präsident die formalen Bindungen mit Taiwan beenden und die Volksrepublik anerkennen. Kissinger ging noch einen Schritt weiter und behauptete, die Verteidigung der Insel sei ein historischer Fehler der USA gewesen. In seinen »Memoiren« schreibt er: »Taiwan wurde auf der ersten Sitzung nur kurz erwähnt.« Als das State Department im Jahr 2006 die entsprechenden Dokumente veröffentlichte, wurde deutlich, dass das nicht stimmte. Taiwan war ein zentrales Thema der Gespräche gewesen. Kissinger machte die erwähnten Zusagen, in seinen »Memoiren« erwähnt er sie nicht.

Als Tschou Mao über Kissingers Zusage, wonach die Amerikaner ihre Truppen aus Taiwan abziehen würden, informierte, meinte der ganz philosophisch, ein Affe brauche halt Zeit, um sich in einen Menschen zu verwandeln; die Amerikaner seien zurzeit in der Affenphase; sie hätten einen Schwanz, aber der sei noch zu kurz. In der Taiwanfrage habe man jedenfalls noch Zeit. Genauso wenig schmeichelhaft äußerte sich Tschou zu Kollegen über Nixon, der unbedingt eine Einladung erhalten wollte und sich »wie eine Hure aufgetakelt habe« und »dann vor der Tür stand«.

Und aus dem Revolutionär Mao war inzwischen offensichtlich ein Philosoph geworden. In der kurzfristig nach der Landung in Peking im Februar 1972 anberaumten Unterredung mit Mao wollte der nämlich zur Überraschung Nixons und Kissingers gar nicht über Politik, sondern eher über »philosophische Fragen« sprechen. Mit einer Ausnahme: Taiwan. Mao schlug die Verbindung zur Vergangenheit, was Nixon und

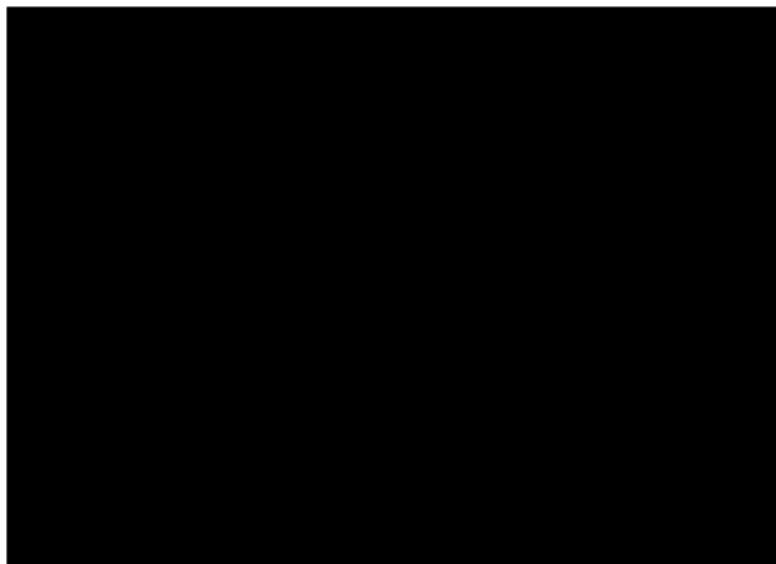
Kissinger aber offensichtlich nicht verstanden. Das für China entscheidende Problem nannte er »ein kleines Problem«, mit dem man vorläufig leben könne, denn »in Wirklichkeit ist die Geschichte unserer Freundschaft mit ihm (Chiang) viel älter als die Geschichte *Ihrer* Freundschaft mit ihm.« Taiwan sei ein innerchinesisches Problem. Die Botschaft war klar: Taiwan war zwar ein innerchinesisches Problem (aber irgendwie auch ein amerikanisches), würde aus der Sicht von Mao in den folgenden politischen Gesprächen aber kein Stolperstein sein, um den Erfolg dieser Begegnung nicht zu gefährden. Allein schon das Treffen war die Garantie für den Erfolg. Das wurde mit dem Bild, in dem sich Mao und Nixon die Hände reichten, auch öffentlich unterstrichen. Und das Bild zeigte noch mehr: der Vertreter einer Weltmacht erkannte den anderen als gleichberechtigt an.

Zum Abschluss des Besuchs wurde in Schanghai ein Kommuniqué veröffentlicht, auf das sich Kissinger und Tschou nach endlosen Verhandlungen geeinigt hatten. Im Mittelpunkt hatte dabei erneut das Taiwan-Problem gestanden. Da hieß es jetzt:

»Die Regierung der USA erkennt an, dass alle Chinesen beiderseits der Straße von Taiwan behaupten, es gebe nur ein China und Taiwan sei ein Teil Chinas. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat gegen diese Auffassung nichts einzuwenden. Sie bestätigt erneut ihr Interesse an einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst. Unter Berücksichtigung dieser Möglichkeit bestätigt sie den Abzug aller amerikanischen Streitkräfte und den Abbau der militärischen Einrichtungen auf Taiwan als letztes Ziel. Bis dahin werden die USA schrittweise ihre Streitkräfte und militärischen Einrichtungen auf Taiwan verringern, während die Spannungen in diesem Gebiet abgebaut werden.«

Dieses »Schanghai-Kommuniqué« wurde in den folgenden Jahren so etwas wie die »heilige Schrift« für Peking.

Bei Taiwan hatten Nixon und Kissinger ohne Not bislang gehaltene Positionen aufgegeben, auch zum ersten Mal auf ein Veto in der UNO verzichtet, als die im Oktober 1971



Wikipedia Nixon White House Photographs

Richard Nixon und Mao Tse-tung (1972).

mehrheitlich beschloss, die Republic of China (Taiwan) gegen die Volksrepublik China auszutauschen. Chiang war zutiefst enttäuscht von Nixon. In sein Tagebuch schrieb er: »Nixon der Clown, der uns verraten hat.«

Die US-Historikerin Nancy Tucker sah das 2009 ähnlich und brachte es auf den Punkt. Nixon und Kissinger, »haben bereitwillig einen Verbündeten verraten.« Und Kissinger beurteilte sie so: Der habe die Bedeutung Taiwans für China nie wirklich begriffen. Im Jahr 2011 ging Kissinger auch auf das Taiwan-Thema ein. Er habe jede sofortige Verpflichtung (*immediate commitment*) vermieden. Eine überzeugende Rechtfertigung seines Handelns war das allerdings nicht. China und die USA waren jedenfalls, so Kissinger 1973, zu »stillschweigenden Verbündeten« (*tacit allies*) geworden. Das zählte offensichtlich mehr.

Kein Spielraum für die USA

1974 war Kissinger wieder in Peking zu Gesprächen mit Ministerpräsident Deng Xiaoping zur Vorbereitung des Besuchs von Präsident Gerald Ford. Wieder stand Taiwan im Mittelpunkt.

Deng machte noch einmal die chinesische Position klar:

»1. Wir lehnen alles ab, was zu Lösungen wie ›zwei Chinas‹, ›ein China, ein Taiwan‹ oder ähnlichem führen könnte«.

»2. Die Lösung der Taiwanfrage ist eine Angelegenheit des chinesischen Volkes, die allein dem chinesischen Volk vorbehalten bleiben muss. Welche Mittel letztlich benutzt werden, um die Frage zu lösen – ob friedlich oder nicht friedlich – ist eine innere Angelegenheit, die ebenfalls allein das chinesische Volk zu entscheiden hat.«

»3. Peking akzeptiert nicht, dass irgendein anderes Land in die Lösung der Taiwanfrage eingreift, auch nicht die USA.«

Diese Position ließ praktisch keinen Spielraum mehr für die USA. Kissinger verwies auf Maos Äußerung gegenüber Nixon, wonach China bereit sei, hundert Jahre auf die Vereinigung zu warten. Deng akzeptierte das, meinte aber, die Zahl sei nur symbolisch gemeint gewesen. In bezug auf die Beziehung der Volksrepublik zu Taiwan könne er »nicht an einen friedlichen Übergang glauben«.

In China versuchte die radikale »Viererbande« wenig später, die Macht an sich zu reißen und überzeugte Mao, dass Deng Xiaopings Reformen für konterrevolutionäre Proteste verantwortlich waren. Deng verlor daraufhin sämtliche Parteiämter und wurde erneut verbannt. Gleichzeitig verschlechterten sich die Beziehungen zu den USA, wie bei einem Besuch des Minderheitenführers im Senat, Hugh Scott, in Peking im Juli 1976 deutlich wurde. In ungewöhnlich scharfer Form

formulierte der Vize-Premierminister Zhang Chungiao Chinas Position mit Blick auf Taiwan:

»Unser Standpunkt zu Taiwan ist glasklar. Seit es dieses Problem gibt, hat es sich wie eine Schlinge um den Hals der Vereinigten Staaten gelegt. Es liegt im Interesse des amerikanischen Volkes, diese Schlinge loszuwerden. Wenn Sie es nicht tun, dann wird die Volksbefreiungsarmee sie abschneiden. Das wird gut für das amerikanische und für das chinesische Volk sein. In unserer Großzügigkeit sind wir bereit, den Vereinigten Staaten zu helfen, dieses Problem mit unseren Bajonetten zu lösen. Das klingt vielleicht nicht sehr angenehm, aber so ist die Lage.«

Am 9. September 1976, starb Mao Tse-tung. Mit der Verhaftung der »Viererbande« am 9. Oktober entschieden die Moderaten den innerchinesischen Machtkampf für sich. Wenige Monate später übernahm Deng die Führung Chinas und bestimmte die Geschichte des Landes bis zu seinem Tod im Jahr 1997.

Die diplomatische Anerkennung Chinas

Den nächsten, entscheidenden Schritt machte US-Präsident Jimmy Carter: die diplomatische Anerkennung der Volksrepublik China zum 1. Januar 1979. Das war im Interesse beider Staaten: Deng wollte ein starkes, großes China; dafür brauchte er die USA; Das Ansehen der USA würde durch die neue Chinapolitik in ganz Südostasien erheblich verbessert; darüber hinaus lockte für viele Unternehmen in China ein unerschöpflicher Markt.

In den vorbereitenden Gesprächen wurde ein Thema nicht ausdiskutiert: Waffenlieferungen an Taiwan. Im Mai 1978 war Carters Nationaler Sicherheitsberater, Brzezinski, in Peking. In seinem Bericht für Carter hieß es:

»Am Ende haben wir die Wahl: Entweder wir liefern weiter Waffen, ohne dass die Chinesen öffentlich erklären, bei der Wiedervereinigung auf Gewalt zu verzichten, oder aber die Chinesen erklären das öffentlich, dann gibt es keine Waffenlieferungen mehr.« Letztere Erklärung, so der Chinaexperte Michel Oksenberg vom Nationalen Sicherheitsrat, »betrifft Chinas Souveränität und wird es aus innenpolitischen Gründen nicht geben.«

Nach Meinung von Leonard Woodcock, Teilnehmer der Gespräche und dann erster US-Botschafter in Peking, hatte Deng allerdings die Lösung genannt. Zumindest hatte er es so verstanden: »Die Chinesen akzeptieren, dass umfassende Wirtschaftsbeziehungen mit Taiwan auch Waffenlieferungen beinhalten. Das kann natürlich nicht öffentlich gesagt werden.«

Am Abend des 15. Dezember 1978 präsentierte Carter der überraschten amerikanischen Öffentlichkeit vor laufenden Kameras der drei großen Fernsehanstalten das Ergebnis der Verhandlungen: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen

den USA und der Volksrepublik China am 1. Januar 1979. Die USA erkannten gleichzeitig die chinesische Position an, »dass es nur ein China gibt und dass Taiwan ein Teil Chinas ist«.

In einer ergänzenden Erklärung hieß es, die USA würden die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan beenden, das Verteidigungsabkommen mit Taiwan aus dem Jahre 1954 kündigen und das verbleibende militärische Personal innerhalb von vier Monaten von der Insel abziehen.

Die Erklärung wurde in Peking als »historisches Ereignis« gewertet. Für viele Chinesen schien die »Heimführung« der abtrünnigen Provinz unmittelbar bevorzustehen. So feierte »Radio Schanghai« das Ereignis entsprechend mit John Denvers *Take Me Home Country Roads*.

In Taipeh gab es dagegen nichts zu feiern. Um 2:00 Uhr morgens, nur wenige Stunden vor der Veröffentlichung, hatten US-Vertreter Taiwans Regierungschef Chiang Ching-kuo (der die Position seines Vaters übernommen hatte) wecken lassen, und ihm mitgeteilt, dass die USA ihre Verbindungen mit Taiwan kappen würden. Chiang war in Tränen ausgebrochen.

Der *Taiwan Relations Act*

Der Kongress, der von Carter über die vorbereitenden amerikanisch-chinesischen Gespräche weder informiert, geschweige denn konsultiert worden war, war mit dessen Vorgehen nicht einverstanden, reagierte jetzt und legte einen eigenen Gesetzesentwurf vor, den sogenannten *Taiwan Relations Act* (TRA), der am 28. März 1979 im Repräsentantenhaus mit 339 zu 50 und im Senat am nächsten Tag mit 85 zu 4 Stimmen akzeptiert wurde. Das war so eine große Mehrheit (*veto-proof*), dass auch ein Veto des Präsidenten das Inkrafttreten nicht hätte verhindern können. Das Gesetz war eine Niederlage für Carter, der es nur widerwillig am 10. April unterschrieb.

Im TRA ging (und geht) es primär um die Sicherheit Taiwans. Die USA sicherten Taiwan die Lieferung von defensiven Waffen zu. Jeder Versuch, so hieß es weiter, die Zukunft Taiwans mit anderen als friedlichen Mitteln zu verändern, würde demnach als eine Bedrohung des Friedens im Pazifik und als »schwerwiegende Sorge für die USA« betrachtet.

Der *Taiwan Relations Act* war die Grundlage für *de facto* diplomatische Beziehungen mit Taiwan, das von Washington weiter als Völkerrechtssubjekt behandelt wurde. Das bereits am 16. Januar 1979 gemäß den Gesetzen des *District of Columbia* gegründete *American Institute of Taiwan* (AIT) in Taipeh war die *de facto* Botschaft, mit einem Direktor im Rang eines Botschafters. Sämtliche wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und konsularischen Angelegenheiten liefen über dieses Institut. Am Eingang prangte das Siegel des Department of State, die amerikanischen Mitarbeiter waren freigestellte Mitarbeiter des Ministeriums. Die Immobilien der Republic of China in Washington – etwa das Botschaftsgebäude – wurden dem AIT übertragen und so vor dem Zugriff

der Volksrepublik gesichert. Die meldete entsprechende Ansprüche an.

Mit dem *Taiwan Relations Act* beendete der Kongress die Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft Taiwans, die mit Kissinger/Nixon 1971/72 begonnen hatte. Die Botschaft in Richtung Peking und Taipeh war eindeutig: die USA werden Taiwan nicht fallenlassen und weiter für den Schutz der Insel sorgen; die Botschaft für die Verbündeten in der Region lautete: die USA sind ein verlässlicher Partner. Wie genau die USA im Falle einer gewaltsamen Wiedervereinigung reagieren würden, wurde bewusst nicht gesagt und blieb offen für Spekulationen. Das war die bekannte *strategic ambiguity*, die »strategische Zweideutigkeit«.

Peking protestierte, nannte das Gesetz »unannehmbar« und »Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten«. Das half allerdings nichts.

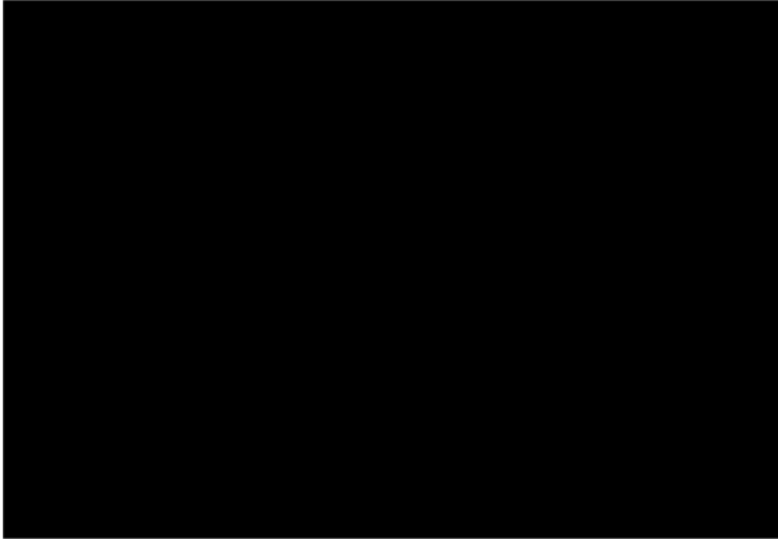
Reagan und das »August-Kommuniqué«

Drei Jahre später, am 17. August 1982, wurde unter Präsident Reagan ein Kompromisspapier unterschrieben, das sogenannte »August Kommuniqué«: Washington erklärte, weiter Waffen an Taiwan zu liefern, aber auf dem gleichen Niveau wie seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, und sagte zu, diese Waffenlieferungen schrittweise zu beenden – allerdings ohne Datum, und begrüßte gleichzeitig die »chinesische Politik für eine friedliche Lösung« des Taiwan-Problems, wobei China nur wiederholt hatte, was eh bekannt war, dass dies eine innerchinesische Angelegenheit sei (und man notfalls auch Gewalt anwenden würde, falls friedliche Mittel erfolglos geblieben waren). Peking gab sich zufrieden, während Reagan, der größte Taiwan-Fan unter den US-Präsidenten, intern feststellte, die USA würden Waffen an Taiwan in dem Umfang verkaufen, dass das militärische Gleichgewicht zwischen der Insel und China erhalten bleibe.

Mit Blick auf China verlief die zweite Amtszeit Reagans ohne Probleme. Es war die »goldene Ära in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen«, wie die US-Historikerin Nancy Tucker diese Jahre genannt hat. Auch Taiwan schien kein Problem mehr zu sein. Zumindest reagierte Peking nicht. Auch nicht auf die jährliche Lieferung von Waffen in Höhe von ca. 500 Millionen US-Dollar. Auch nicht auf die als normale Waren deklarierte Materialien, mit denen Taiwan am Ende mehrere hundert Jets selbst baute. Oder als die USA für mehrere 100 Millionen US-Dollar eine nach Westen ausgerichtete Überwachungsstation auf Taiwan errichteten, die auch noch von Amerikanern betrieben wurde. Es gab auch sonst keine Kritik mehr, etwa bei gegenseitigen Parlamentsbesuchen. Das ging so weit, dass im Januar 1984 Kongressabgeordnete, die Taiwan besucht hatten,

nach Peking weiterreisten und dort von hochrangigen Kommunisten begrüßt wurden.

Die Antwort auf das warum ist einfach: China wollte stark und mächtig werden und brauchte dafür die USA.



Wikipedia/White House

Präsident Ronald Reagan zu Besuch in Peking , 26. April 1984.

George H. W. Bush und 150 F-16

Seit Ende der 1980er-Jahre gab es Demonstrationen in China, gegen Korruption und für Demokratie mit dem Höhepunkt im Sommer 1989 auf dem Tiananmen-Platz. Obwohl es im Juni 1989 dort zu dem berüchtigten Massaker gegen die Demonstranten kam, ging es Bush um die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen mit Peking.

Seit seiner Tätigkeit als Leiter des Verbindungsbüros in Peking war und blieb Bush auf China fokussiert, Taiwan interessierte ihn nicht wirklich, obwohl in Taiwan genau das geschah, was viele in Amerika von China erwarteten und erhofften, aber nicht erfolgte: eine wirksame Entwicklung hin zur Demokratie. Als Peking im Mai 1989 das Kriegsrecht ausrief, war es in Taiwan schon aufgehoben, ein Mehrparteiensystem eingeführt, freie Wahlen, Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit gewährt und Wirtschaftsreformen durchgeführt worden. Damals wurde der Grundstein für jenes fortschrittliche, demokratische und wirtschaftlich erfolgreiche Taiwan gelegt, so wie wir es seit einigen Jahren kennen.

Um so bemerkenswerter war dann eine Entscheidung im Sommer 1992. Bush war im Wahlkampf massiv unter Druck geraten. Sein Ruhm als Hussein-Bezwingen war längst verblichen, aktuell war die Wirtschaft eingebrochen, waren Arbeitslosigkeit und Inflation gestiegen. In den Umfragen lag er weit hinter seinem demokratischen Herausforderer Bill Clinton zurück. Als dann General Dynamics in Fort Worth, wo die F-16 produziert wurde, die Entlassung von 6.000 Mitarbeitern ankündigte, stimmte Bush dem Verkauf von 150 F-16, dem modernsten Kampfflugzeug der Welt, an Taiwan zu. Das war eine reine wahltaktische Maßnahme: bei den Wahlen durfte Texas nicht verlorengehen.

Die F-16 Entscheidung erregte zwar Dongs Zorn, sein Protest hielt sich aber in Grenzen. Man wollte die Wiederwahl von Bush nicht gefährden, denn am Horizont drohte ein möglicher neuer Präsident, der Bush als »Schoßhund« der Chinesen verächtlich machte und kritische Töne in Richtung China äußerte. Als Präsident werde er ein Land führen, so Bill Clinton, »das keine Diktatoren von Bagdad bis Peking verhätschelt« (*coddle dictators*) und die zur Rechenschaft ziehen, die für das Tiananmen-Massaker verantwortlich gewesen seien.

1995/96: Bill Clinton und die nächste Taiwan-Krise

Die neue Krise begann 1994 mit Taiwans neuem Präsidenten Lee Teng-hui, dessen erklärtes Ziel die Unabhängigkeit Taiwans war. Fast jede von Lees öffentlichen Aktionen dienten der internationalen Aufwertung Taiwans.

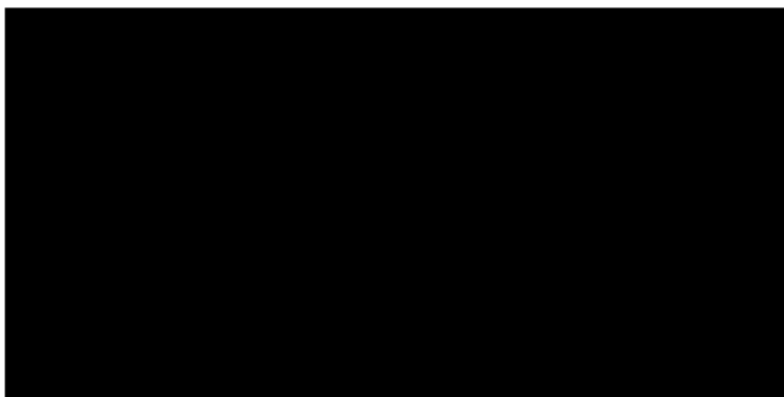
Im Mai 1995 forderte das Repräsentantenhaus mit 396:0 und der Senat mit 97:1 Stimmen von Clinton, Lee die Einreise in die USA zur Teilnahme an einem Treffen Ehemaliger der Cornell University zu gestatten, wo Lee studiert hatte. Clinton gab dem Druck nach und erteilte das Visum.

In seiner Rede an der Universität am 7. Juni 1995 meinte Lee dann u. a.: »Das Volk der Republic of China [Taiwan] ist entschlossen, eine friedliche und konstruktive Rolle in der Familie der Nationen zu spielen. Wir sind hier und bleiben hier.« Das war im Grunde die alte zwei China-Theorie. Peking fühlte sich provoziert und führte ein mehrtägiges Militärmanöver – das größte seit 40 Jahren – rund um Taiwan durch. Dabei wurden vier nuklearfähige Raketen nördlich der Insel abgefeuert.

Die Clinton-Regierung protestierte in Peking und beharrte auf einer friedlichen Lösung der Frage. Die Antwort war deutlich: die Chinesen erinnerten die Amerikaner daran, dass sie, anders als in den 1950er-Jahren, jetzt in der Lage seien, mit Atomraketen amerikanische Städte zu zerstören. Und dann kam die Warnung: sollten die USA militärisch in Taiwan eingreifen, könne das sehr teuer werden.

Das politische Klima wurde sichtbar rauer.

Clinton orderte zum einen den Flugzeugträger USS *Nimitz* mit Begleitschiffen (zwei Kreuzer, drei Zerstörer, zwei U-Boote, ein Versorgungsschiff) in die Straße von Taiwan und schickte



picture-alliance, dpa, Torsten_Blackwood 5685010

Protest gegen die Taiwanpolitik Chinas während des Besuchs von Präsident Jiang Zemin in Australien 1999.

einen persönlichen Brief an Chinas Präsidenten Jiang Zemin. Was genau da drinstand, wissen wir nicht. Möglicherweise hat Clinton da die Ein-China-Politik der US-Regierung bekräftigt, aber das bleibt Spekulation. Der Brief ist nach wie vor unter Verschluss.

Jedenfalls entspannte sich die Lage, um wenig später umso heftiger zu eskalieren.

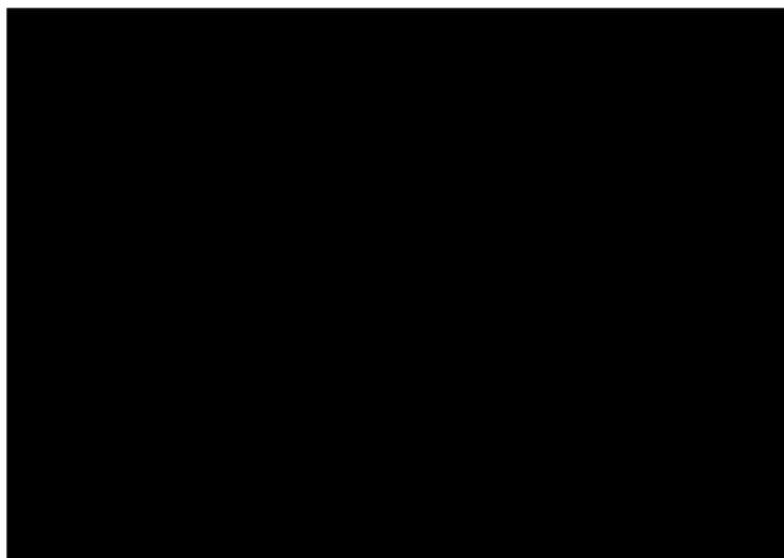
Im März 1996 wurden Präsidentenwahlen in Taiwan stattfinden. Als Lee schon Monate vorher von der Möglichkeit sprach, die Unabhängigkeit Taiwans zu erklären, startete Chinas Volksarmee ein Militärmanöver – wieder unter Einsatz von Raketen. Clinton forderte ein Ende des Manövers – ohne Erfolg. Im Gegenteil; China verschärfte die Gangart: Xiong Guangkai, der stellvertretende PLA-Generalstabschef und Leiter des militärischen Geheimdienstes (*People's Liberation Army, PLA*), teilte einem ehemaligen Pentagon-Mitarbeiter mit, wenn es um Chinas Interessen in Taiwan, sprich, dessen Unabhängigkeit gehe, sei China bereit, in einem Nuklearkrieg Millionen seiner Menschen, ja sogar ganze Städte zu opfern, »Ihr dagegen werdet nicht Los Angeles opfern, um Taiwan zu beschützen.«

Zwei Monate später wurde es noch drastischer. Der Vorsitzende des Volkskongresses, Qiao Shi, ließ mitteilen, bei einem Nuklearangriff werde man New York angreifen. Erinnerungen an die Krisen zur Eisenhower-Zeit wurden wach. Der erwähnte ehemalige Pentagon-Mitarbeiter interpretierte die diversen chinesischen Äußerungen so: »Wir können zurückschlagen, denn ihr habt nicht mehr die strategische Überlegenheit wie früher. Wenn ihr unser Land angreift, greifen wir euer Land an.« Tatsache war: China hatte mit dem Einsatz der Bombe gegen die USA gedroht, falls die USA Taiwan im Konfliktfall verteidigen würden.

Ende 1995 reagierte Washington noch eher zurückhaltend. Der Flugzeugträger USS *Nimitz*, begleitet von einem Zerstörer, einem Kreuzer, einer Fregatte und zwei Versorgungsschiffen, wurde durch die Straße von Taiwan geschickt – wegen des Wetters, wie das Pentagon erklärte. Es war zwar das erste Mal seit 1979, dass ein Flugzeugträger wieder dort auftauchte, aber Washington machte klar, man sei an einer friedlichen Taiwan-Straße interessiert – und man erwarte auch keinen weiteren Lee-Besuch in den USA.

Peking zeigte sich völlig unbeeindruckt. Im Februar 1996, einen Monat vor den Wahlen in Taiwan, startete China ein Militärmanöver, größer als alle vorherigen, zog 150.000 Mann an der Südküste Chinas zusammen und feuerte Raketen in Richtung der zwei größten Häfen Taiwans, in denen 70 Prozent des gesamten Im- und Exports des Landes abgefertigt wurden. An Taipehs Börse fielen die Kurse, vor den Banken standen die Menschen Schlange, um ihr Geld in US-Dollar umzutauschen, 100 bis 500 Millionen US-Dollar an Devisen gingen täglich verloren. Die Botschaft war klar: China kann mit seinen Raketen die Wirtschaft Taiwans zerstören.

Washington war diesmal bereit, die Herausforderung anzunehmen; die Zeit für private Botschaften und freundliche Warnungen war vorbei. Diesmal war die Antwort unmissverständlich. Am 7. März empfing US-Verteidigungsminister William Perry den stellvertretenden chinesischen Außenminister und warnte ihn:



AKG3150347

Chinesisches Propagandaplakat: »Wir werden die heilige Mission vollenden, Taiwan zu befreien und das Land zu einen!«

»Sollte auch nur eine Rakete Taiwan treffen, wird das schwerwiegende Konsequenzen haben.« (*grave consequences*: der Chinese verstand gut Englisch und auch, dass diese Bezeichnung der internationale Code für Krieg war.) Zum ersten Mal seit Nixons Besuch in China 1972 hatten die USA eine solche Warnung ausgesprochen.

Als China am 8. März dennoch erneut Raketen abfeuerte, war sich eine hochkarätige Runde im Pentagon einig: es war Zeit für eine Machtdemonstration in Richtung Peking, aber auch in Richtung Taiwan und der übrigen Verbündeten in der Region.

Diesmal wurden zwei Flugzeugträger eingesetzt: die USS *Independence* mit dem Raketenkreuzer *Bunker Hill*, einer Fregatte, zwei Zerstörern und zwei U-Booten; aus dem Persischen Golf kommend stieß die USS *Nimitz* mit sieben weiteren Kriegsschiffen hinzu. Es war die größte Machtdemonstration der USA

in Asien seit dem Ende des Vietnamkrieges. Intern meinte Verteidigungsminister Perry: »Peking sollte zur Kenntnis nehmen, und diese Flotte wird sie daran erinnern, dass China zwar eine große Militärmacht ist, aber die Nummer Eins im westlichen Pazifik sind die USA.«

Die Aktion war allerdings kein Blankoscheck für Lee. Dem wurde nämlich gleichzeitig zu verstehen gegeben, dass eine Unabhängigkeit Taiwans kein Thema für Washington war. Lee verstand: er gewann zwar die Wahl mit 55 Prozent der Stimmen, aber von ihm kam zunächst keine Unabhängigkeitsrhetorik mehr.

China beendete die Militäraktionen, die USA zogen die Flugzeugträger zurück. China akzeptierte die Nummer Eins im Pazifik, begann aber gleichzeitig mit dem Ausbau seiner Kriegsflotte und bestellte 1996 vier der modernsten Zerstörer in Russland. Deren Anti-Schiffs-Raketen waren speziell für den Einsatz gegen Flugzeugträger konzipiert.

Die Taiwan-Krise hatte gezeigt, dass China jederzeit ein gefährlicher Gegner werden konnte.



Pictorial Press/alamy HRYEHW

George W. Bush und Chinas Präsident Jiang Zemin in Shanghai, 21. Oktober 2001.

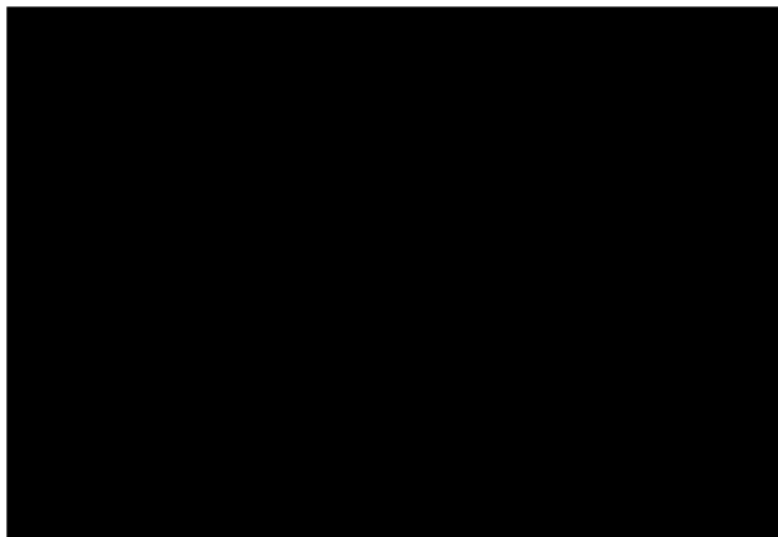
George W. Bush und Taiwan

Am 25. April 2001 antwortete George W. Bush in der ABC *Good Morning America* show auf eine entsprechende Frage, die USA würden Taiwan verteidigen, was auch immer das kosten werde (*«to do whatever it took to help Taiwan defend herself»*). Auch wenn er dies etwas später bei CNN etwas relativierte – das bedeute keine Änderung der amerikanischen Politik: So deutlich hatte das bisher noch kein amerikanischer Präsident gesagt. Fast gleichzeitig wurde Taiwans Verteidigungsminister als »Privatperson« nach Washington eingeladen, wo er Wolfowitz traf. Im Mai wurde der Vorsitzende von Taiwans Demokratischer Fortschrittspartei und Verfechter der Unabhängigkeit der Insel, Chen Shui-ban, auf dem Weg nach Mittelamerika bei einem Zwischenstopp in New York von Bürgermeister Rudolph Giuliani empfangen. Zuvor hatte schon das US-Repräsentantenhaus mit 406:6 Stimmen Chinas Menschenrechtsversäumnisse beklagt.

China reagierte: Am 16. Juli 2001 unterzeichneten Jiang und Russlands Präsident Wladimir Putin in Moskau einen »Freundschafts- und Beistandsvertrag«. Der Zweck des Vertrags war allerdings nicht zu übersehen: er richtete sich gegen die USA, auch wenn die nicht ausdrücklich erwähnt wurden.

Dann kam 9/11. Im »Krieg gegen den Terror« bot Peking Hilfe an, Bush nahm dankend an. Von nun an stand China bei sämtlichen internationalen Entscheidungen an der Seite Washingtons. Bush revanchierte sich: Als Taiwans Präsident Chen 2004 ein Referendum durchführen wollte und Peking das als pro-Unabhängigkeitsaktion interpretierte, intervenierte Bush; es gab kein Referendum; 2006 lehnte er die Lieferung neuer F-16 Kampffjets an Taiwan ab. 2005 hatte ein ehemaliger General der chinesischen Volksbefreiungsarmee öffentlich erklärt,

China werde Atomwaffen einsetzen, falls die USA bei einem neuerlichen Konflikt in der Taiwanstraße Ziele auf dem Festland angreifen würden. Der stellvertretende Leiter der US-Geheimdienste erklärte damals die Situation in der Taiwanstraße als »eine der größten Bedrohungen für Amerikas Sicherheit«.



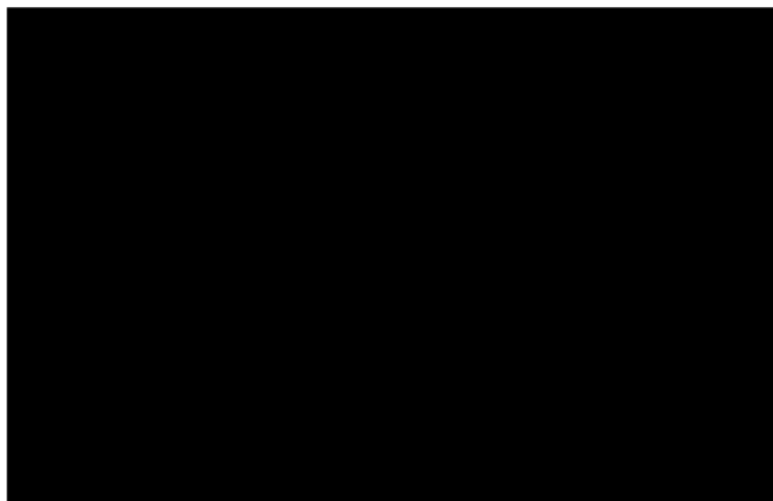
Wikipedia/ The White House

Obama trifft sich mit Wen Jiabao und Mitgliedern der chinesischen Delegation nach einem bilateralen Treffen bei den Vereinten Nationen in New York City im September 2010.

Barack Obama und Taiwan

2009 bemühte sich Präsident Obama um bessere Beziehungen zu China. Das wurde nicht honoriert, und es gab daher keinen Grund mehr für besondere Rücksichtnahme. Obama reagierte, und zwar mit Themen, die aus chinesischer Sicht besonders heikel waren und die er bei seinem China-Besuch 2009 bewusst ausgespart hatte: Taiwan und Tibet. Bei Taiwan hieß das Waffenlieferungen, bei Tibet Dalai Lama. Obama genehmigte im Januar 2010 ein Waffengeschäft über 6,4 Milliarden US-Dollar; darin enthalten waren 60 Black-Hawk Hubschrauber, 114 Patriot Abwehrraketen, zwölf Harpoon-Raketen, zwei Minensuchboote und moderne Funkanlagen für F-16 Kampfflugzeuge.

China, das etwa 1500 Kurz- und Mittelstreckenraketen auf Taiwan gerichtet hatte, reagierte schärfer als sonst üblich; das Geschäft würde den Beziehungen »schweren Schaden« zufügen und sollte storniert werden, ansonsten komme es zu »Konsequenzen, die beide Seiten nicht sehen wollten«. Als daraufhin US-Verteidigungsminister Robert Gates feststellte, China wisse doch, dass die USA Waffen an Taiwan lieferten; warum also jetzt die Aufregung, kam die Antwort eines Generals der chinesischen Volksarmee: »Wir waren schwach. Aber jetzt sind wir stark.«



Wikipedia

Tsai Ing-wen (Mitte), Präsidentin der Republik China (Taiwan), telefonierte in Begleitung des Generalsekretärs des Nationalen Sicherheitsrats Joseph Wu (links) und des Außenministers David Lee (rechts) mit dem gewählten US-Präsidenten Donald Trump, 2. Dezember 2016.

Überparteiliche Solidarität mit Taiwan

Dann kam Donald Trump. Der Vorwahlkampf war seine Bühne. Da sagte er das, was viele seiner Landsleute dachten. Auch als *President elect* nach gewonnener Wahl blieb er sich treu, wie ein Interview bei *Fox News* zeigte, in dem er China in den Blick nahm. Er verstehe die bisherige »Ein-China-Politik« der Regierung, »aber ich verstehe nicht, warum wir daran gebunden sein müssen, solange wir nicht einen *deal* mit China über andere Dinge haben, darunter den Handel.« Er warf China vor, eine »Festung« auf umstrittenen Inseln im Südchinesischen Meer zu bauen und kritisierte Pekings Handelspolitik. Im Übrigen lasse er sich nicht vorschreiben, mit wem er telefoniere. Damit bezog er sich auf chinesische Kritik an seinem Telefonat mit Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen, die ihm zum Wahlsieg gratuliert hatte. Es war das erste Gespräch eines neugewählten US-Präsidenten mit Taiwans Führung seit 1979! In der chinesischen Staatszeitung »Global Times« hieß es »Taiwan ist nicht verhandelbar,« aber Verbesserungen in den Beziehungen Taiwan-USA seien nötig und möglich.

Taiwan wurde ein Thema und Teil des schon bald ausbrechenden Handelskrieges zwischen China und den USA.

Für viele Amerikaner war das kommunistische China ein rationales Problem; große Sympathien empfand man nicht unbedingt für dieses Land. Man hatte nicht vergessen, dass chinesische »Freiwillige« für den Tod von tausenden GIs in Korea verantwortlich gewesen waren und dass China die Kommunisten im Vietnamkrieg jahrelang massiv nachhaltig unterstützt hatte. Die Bilder vom Tiananmen-Massaker hatten ein Übriges getan. Man machte gute Geschäfte, nannte das Realpolitik – und beobachtete gleichzeitig mit Argwohn den rasanten Aufstieg des Landes.

Mit Taiwan war das anders. Taiwan war eine emotionale Sache. Taiwan war im Vergleich mit dem kommunistischen China für viele Amerikaner der *underdog*, den man nach alter amerikanischer Gewohnheit sowieso unterstützte und keinesfalls »verraten« durfte. So empfand man es z. B. als unfair, dass nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China Anfang 1979 Politiker und Persönlichkeiten aus Taiwan keinen amerikanischen Boden betreten durften. Der *Taiwan Relations Act* hatte daran nichts geändert. Trotz zahlreicher Einschränkungen wurde Taiwan in den folgenden Jahren aber in jeder Hinsicht eine Erfolgsgeschichte: das Kriegsrecht wurde aufgehoben, zahlreiche Reformen durchgeführt, wirtschaftliche Erfolge in Verbindung mit Freiheit und Demokratie waren ganz nach dem Geschmack der Amerikaner. Anders als bei fast allen anderen Themen waren sich Republikaner und Demokraten bei Taiwan daher einig.

Unmittelbar nach der chinesischen Kritik an Trumps Telefonat kam Bewegung in die Frage. Der republikanische Abgeordnete Steve Chabot aus Ohio und Senator Marco Rubio aus Florida legten den zuständigen Kongressausschüssen den Gesetzentwurf für einen *Taiwan Travel Act* vor, der die Aufhebung sämtlicher Reisebeschränkungen für Taiwans Politiker in die USA vorsah. Anfang 2017 ging man einen Schritt weiter und legte einen weiteren Gesetzentwurf vor, den *Taiwan Security Act*, der die Lieferung modernster Waffen und die Zusammenarbeit zwischen den Armeen Taiwans und der USA vorsah.

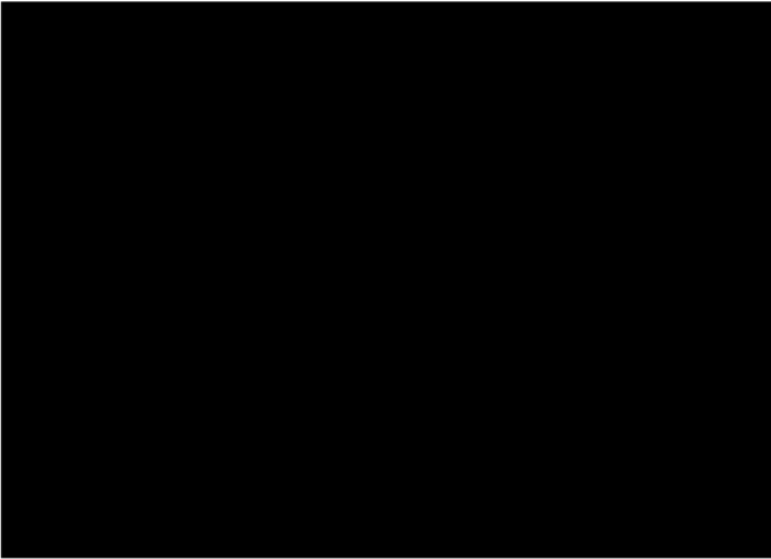
Als *Travel Act* und *Security Act* im Entwurf des US-Verteidigungshaushaltes 2018 auftauchten, reagierte Peking in ungewöhnlicher Form. Chinas Botschafter in Washington überreichte offiziell ein Protestschreiben seiner Regierung im State Department, in dem von einer »Provokation gegenüber Chinas Souveränität, seine nationale Einheit und Sicherheitsinteressen« die Rede war; damit werde »die rote Linie« mit Blick auf die Stabilität der chinesisch-amerikanischen Beziehungen überschritten. Und dann kam es: China forderte eine Rücknahme der Entscheidung und drohte mit »schweren

Konsequenzen«. Diese Art von Drohung in einem offiziellen Schreiben hatte es bisher noch nie von einer anderen Regierung gegeben – und kam daher in Washington gar nicht gut an: im Januar/Februar 2018 stimmten beide Kammern des Kongresses einstimmig für diesen Gesetzentwurf, der mit Trumps Unterschrift am 16. März als *Taiwan Travel Act* Gesetz wurde – gegen massiven Protest Chinas.

In derselben Woche zeigten die USA militärische Präsenz: ein US-Kriegsschiff passierte die Straße von Taiwan, die nach Pekinger Lesart kein internationales Gewässer, sondern chinesisches Hoheitsgebiet ist. Ein Jahr später verschärften sich die Spannungen mit China weiter, als Trump am 26. März 2020 ein Gesetz unterschrieb, das der Senat bereits im Oktober 2017 und das Repräsentantenhaus im März 2018 einstimmig verabschiedet hatten, den »*TAIPEI Act*«, die nach Taiwans Hauptstadt Taipeh (englisch TAIPEI) benannte *Taiwan Allies International Protection and Enhancement Initiative* (etwa »Gesetz zur internationalen Schutz- und Verbesserungsinitiative der Verbündeten Taiwans«), die zum Ziel hatte, die USA-Taiwan-Beziehungen zu vertiefen und andere Nationen und internationale Organisationen zu ermutigen, ihre Beziehungen mit dem Inselstaat zu stärken. Gleichzeitig wollten die USA ihren Umgang mit Staaten »ändern«, die aus ihrer Sicht die Sicherheit oder den Wohlstand Taiwans gefährdeten.

Unmittelbarer Anlass war der andauernde massive wirtschaftliche Druck Chinas auf bestimmte Länder, ihre diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abzubrechen. China verurteilte das Gesetz als »grobe Einmischung in innere Angelegenheiten«, man werde »entschlossen zurückschlagen«, falls die USA »ihre Irrtümer« nicht korrigierten. Das taten die nicht und hatten sogar schon vorher 66 moderne F-16 an Taiwan geliefert.

Am 2. August 2022 besuchte die Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, die Demokratin Nancy Pelosi, Taiwan. Es war der ranghöchste Besuch eines US-Politikers seit 25 Jahren. Pelosi hatte schon die unter Trump verabschiedeten zwei Taiwan-Gesetze (*Travel Act*, *Security Act*) nachhaltig unterstützt,



Wikipedia 08.03 總統接見美國聯邦眾議院議長裴洛西訪團一行

Nancy Pelosi (mitte) mit ihrer Delegation in Taiwan, 2022.

jetzt besuchte sie die Insel angesichts zunehmender Drohgebärden Chinas. Sie sei gekommen, so betonte sie gegenüber Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen, »um unmissverständlich klarzumachen, dass wir unsere Verpflichtungen gegenüber Taiwan nicht aufgeben werden.« Mehr denn je sei die amerikanische Solidarität entscheidend: »Heute steht die Welt vor der Wahl zwischen Demokratie und Autokratie«; Taiwan sei eine »der freiheitlichsten Gesellschaften der Welt«.

Als Reaktion auf den Besuch startete China das größte Manöver seit der Taiwan-Krise 1995/6 und sprach von einer »ernsten Provokation und einem Verstoß gegen den Ein-China-Grundsatz«. Am 18. September äußerte sich Biden in einem CBS-Interview zum Thema. Auf die Frage, ob die USA Taiwan im Falle eines chinesischen Angriffs militärisch verteidigen würden, kam ein unmissverständliches »Ja«. Mit dieser Antwort wurde aus der jahrzehntelang akzeptierten strategischen Zweideutigkeit (*strategic ambiguity*) eine strategische

Eindeutigkeit. So deutlich wie Biden hatte es bisher noch kein amerikanischer Präsident gesagt (selbst George W. Bush nicht). Biden wiederholte sein »Ja« im Mai 2023 beim G7-Gipfeltreffen in Hiroshima. Anfang Juni 2023 erinnerte Außenminister Antony Blinken an den 34. Jahrestag des Tiananmen-Massakers. Er sprach von dem »brutalen« Vorgehen der chinesischen Regierung und betonte, dass sich die US-Regierung auch weiter für die Menschenrechte und Grundfreiheiten in China einsetzen werde.

Im November 2023 kam es beim APEC-Gipfeltreffen in San Francisco zu einem Treffen zwischen Xi und Biden, bei dem Xi unmissverständlich klarmachte, dass eine Wiedervereinigung mit Taiwan »unaufhaltsam« sei: »Es wird sie geben«. Wann, sagte er nicht, forderte aber die USA auf, die Waffenlieferungen einzustellen und China bei der Wiedervereinigung zu unterstützen. Bidens Antwort war genauso eindeutig wie ein halbes Jahr zuvor. Immerhin sprach Xi von den »wichtigsten bilateralen Beziehungen«, jenen zwischen den USA und China.

Das hörte sich im März 2024 beim Volkskongress in Peking schon wieder anders an. Chinas Außenminister Wang Yi lobte die Beziehungen zu Russland; Peking und Moskau hätten »ein neues Paradigma für die Beziehungen von Großmächten« geschaffen. Ein Wort zum Überfall Russlands auf die Ukraine fehlte. Den USA warf er vor, China zu unterdrücken, sich nicht an Zusagen gehalten und Sanktionen gegen sein Land ausgeweitet zu haben. Besonders scharfe Worte fand er für jegliche Einmischung in die sogenannte Taiwan-Frage. China werde niemals erlauben, dass sich Taiwan vom Festland abspalte: »Wer auch immer die Unabhängigkeit Taiwans unterstützt, wird sich daran verbrennen und die bittere Pille für seine Taten schlucken.« Xi stellte klar: »Die Wiedervereinigung ist unverzichtbar. Notfalls auch militärisch.«

Am 20. Juni legte ein Vertreter des chinesischen Ministeriums für öffentliche Sicherheit nach und drohte Unabhängigkeitsverfechtern in Taiwan mit der Todesstrafe.

Literatur

Nancy Bernkopf Tucker, *Strait Talk: United States-Taiwan Relations and the Crisis with China*, Cambridge, Mass., 2009.

Leonard H. D. Gordon, *Confrontation Over Taiwan: Nineteenth-Century China and the Powers*, Lanham, Maryland, 2009.

Henry A. Kissinger, *Memoiren 1968–1973*, München 1979

Henry Kissinger, *On China*, New York 2011.

Matthias Naß, *Kollision: China, die USA und der Kampf um die welt-politische Vorherrschaft im Indo-Pazifik*, München 2024.

John Pomfret, *The Beautiful Country and the Middle Kingdom: America and China, 1776 to the Present*, New York 2016.

Foreign Relations of the United States, 1969–1972, Vol. XVII, China, 1969–1972, Washington 2006.

Foreign Relations of the United States, 1969–1972, Vol. XVIII, China, 1973–1976, Washington 2007.

Foreign Relations of the United States, 1977–1980, Vol. XIII, China, Washington 2013.

Michael Schaller, *The United States and China: Into the Twenty-First Century*, New York 2016.

Rolf Steininger, *Die USA und China. Von der Empress of China 1784 bis zur Gegenwart*, Innsbruck 2025.

Dong Wang, *The United States and China: A History from the Eighteenth Century to the Present*, Lanham, Maryland, 2021.

